



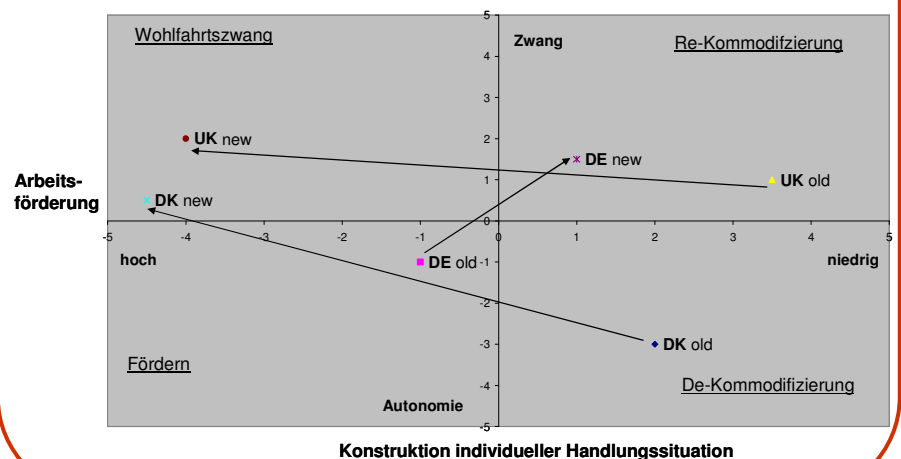
Zusammenfassung

In den 1990er Jahren haben sich verstärkt so genannte aktivierende Arbeitsmarktpolitiken in europäischen Wohlfahrtsstaaten durchgesetzt. Das arbeitslose Individuum und seine Arbeitsfähigkeit, aber auch seine Arbeitsbereitschaft wurden zum Adressat staatlicher Intervention. Dabei unterscheiden sich laut einer gängigen Annahme die Politiken in der Hinsicht, dass sie entweder die Förderung individueller Kompetenzen und Qualifikationen, also die Steigerung der Arbeitsfähigkeit („enabling“), oder die Verbesserung der Motivation zur Arbeitsaufnahme, der Arbeitsbereitschaft („workfare“), zum Ziel haben (Barbier 2005; Lødemel/Trickey 2001). Doch neuere Literatur verweist darauf, dass beide Strategien in der Realität häufig gemischt auftreten und die Elemente dieser Strategien unterschiedlich gewichtet sein können (Dingeldey 2007; Dean 2007; Eichhorst et. al. 2008). Ziel dieser Studie ist es, einen Beitrag zur genaueren Bestimmung dieses „Mischungsverhältnisses“ zu leisten und Unterschiede zwischen Aktivierungspolitiken zu erklären. Die zwei bisher als gegensätzlich verstandenen Pole wurden deshalb als graduelle Dimensionen gefasst, die von den beiden Logiken (Aktivierung durch Anreiz vs. Aktivierung durch Förderung) bestimmt sind. Wenn man Aktivierung so als Produkt unterschiedlicher Grade von Zwang (bzw. Autonomie) und Förderung (bzw. Subsidiarität) versteht, dann zeigen sich neue Linien der Differenz. Zum einen lässt sich Aktivierung von „Nicht-Aktivierung“, also der De-Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft, unterscheiden, was einen historischen Vergleich ermöglicht. Des Weiteren ist ein Typ des Förderns im klassischen Sinne, also des „enabling“, von der Politik der Re-Kommodifizierung, also der Aktivierung durch Anreiz, abzugrenzen. Schließlich, und das ist das zentral Neue an der vorliegenden Studie, lässt sich ein Politik-Typ identifizieren, der beide Aktivierungsstrategien vereint und einen Zwang zum „Mitmachen“ vorgibt. Arbeitslose werden nach diesem Politiktyp verstärkt zu Maßnahmen der Arbeitsförderung herangezogen und der Leistungsbezug wird an die Bedingung der Teilnahme an solchen Maßnahmen geknüpft. Dieser konzeptionelle Rahmen wurde zur Analyse der Politik-Entwicklung in drei Wohlfahrtsstaaten verwendet.

Untersuchungsdesign

- Drei Wohlfahrtsstaaten: *Dänemark, Deutschland und Großbritannien*
- Untersuchungszeitraum: 1990-2008
- Konzeptioneller Rahmen:
 - Aktivierung durch *Anreize* (Zwang vs. Autonomie)
 - Aktivierung durch *Förderung* (öffentliche Förderung von Ausbildung und Arbeit vs. marktvermittelte Angebote)
- Indikatoren: Transferleistungen, Mitwirkungspflichten, Sanktionspotential, Maßnahme-Spektrum, Zumutbarkeit, Vermittlungs-Angebot.
- Hypothese: *divergente Konvergenz*, d.h. unterschiedliche Entwicklungen im Rahmen einer gemeinsamen Reformagenda

Entwicklungspfade von Aktivierung



Erste Ergebnisse und Ausblick

- *Großbritannien* und *Dänemark* weisen ähnliche Entwicklungstrends auf: beide Staaten setzen auf einen Zwang zur Teilnahme an öffentlicher Förderung, d.h. sie setzen eher auf die Unterstützung von Arbeitslosen. Trotz dieses gemeinsamen Trends bleiben Unterschiede zwischen den Staaten in der Hinsicht bestehen, dass die dänische Politik weniger stark Zwang ausübt als die Britische.
- *Deutschland* weist, trotz erheblicher Reform-Aktivität in den letzten 10 Jahren und konstanten Bezügen zu den beiden „Vorzeige-Staaten“, einen signifikant anderen Typ aktivierender Arbeitsmarktpolitik auf: zentrales Ziel deutscher Aktivierungspolitik ist die Mobilisierung von „faulen“ und „bequemen“ Arbeitslosen. Aktive Förderung durch Instrumente der Bundesagentur für Arbeit wurde abgebaut (OECD Statistics) und deren Gewährung dem Ermessen des Fallmanagers überstellt.
- Zentrale Unterschiede zwischen Wohlfahrtsstaaten bleiben bestehen, ihr Inhalt ändert sich aber. Insbesondere die Positionen von Großbritannien, als einem „liberalen“ eher kargen Wohlfahrtsstaat, und Deutschland mit bislang starker Status-Protektion haben sich vertauscht. Es wird vermutet, dass dies durch den sozio-kulturellen Kontext, d.h. Unterschiede hinsichtlich der Sozialstruktur einerseits und der Kultur der jeweiligen Gesellschaften andererseits erklärt werden kann.

Kontakt

Dipl.-Soz. Patrizia Aurich
Universität Hamburg
Allende-Platz 1
20146 Hamburg
Fax: +49(0)40 42838-3545
Mail: patrizia.aurich@uni-hamburg.de

